MERKUR

Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Sonderdruck

aus 25. Jahrgang 1971

Ernst Klett Verlag Stuttgart

DANIEL ELLSBERG

Nixons »zwei, drei . . . viele Vietnams«

VORBEMERKUNG: Der Autor, von 1962 bis 1970 Mitarbeiter für Strategie-Analyse bei der RAND-Corporation, gilt als ein Kenner aus erster Hand der amerikanischen Vietnampolitik, über deren Geschichte er zur Zeit im Rahmen des Center for International Studies in Massachusetts (MIT) ein Buch schreibt. 1964/65 war er im Verteidigungsministerium, dann bis 1967 im Außenministerium als *Special Assistant for International Security Affairs* tätig, im letzten Halbjahr an der Seite des amerikanischen Botschafters in Saigon. Während der ersten sieben Monate der Nixon-Regierung beriet er Henry Kissinger in Fragen der Vietnam-Politik. Seine in der »*New York Review of Books*« vom 11. März erschienene Studie, die wir hier veröffentlichen, verdient deshalb besondere Aufmerksamkeit.

Gewiß: Seitdem Ellsberg diese Studie abgeschlossen hat, sind einige Dinge geschehen. Sie ändern jedoch nichts an seiner scharfsinnigen Analyse — außer daß sie vielleicht den amerikanischen Präsidenten ändern. Mutmaßungen darüber sind legitim; Sicheres läßt sich noch nicht sagen. Bei aller öffentlich demonstrierten Zuversicht über den Ausgang der Laos-Operation sind doch Nixon und seine Berater zu klug, um nicht das Selbstverständliche zu erkennen: der unrühmlich verlaufene Versuch der Armee Thieus, das Versorgungssystem des Ho Tschi Minh-Pfades zu zerschlagen, hat die Fragwürdigkeit der »Vietnamisierung« mitleidslos beleuchtet. Nicht unbedingt militärisch, denn die Armee kämpft zweifellos besser als jemals zuvor. Aber dies ist kein Weg, den Krieg zu beenden.

Zwei Schlußfolgerungen sind denkbar: Die Regierung in Washington wird sich noch stärker auf die von Ellsberg geschilderte »koreanische Lösung« stützen, auf die unbegrenzte Fortführung eines begrenzten Krieges — wobei erwähnt werden muß, daß Nixon sich inzwischen glaubwürdig von der Versuchung distanziert hat, taktische Kernwaffen einzusetzen. Oder man wird eine Schwenkung zurück zu *politischen* Lösungen versuchen. Dafür spricht, daß der Kriegsverbrecherprozeß gegen Leutnant Calley und seine Verurteilung zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, so verworren die emotionale Reaktion dagegen auch war, eben jenen moralischen Abscheu an den Leiden der Zivilbevölkerung hervorgerufen haben, den Ellsberg noch vermißt. Es bildet sich eine Mehrheit, die den *totalen* Abzug fordert, der die koreanische Lösung ausschließt. Und Nixon begann, China Avancen zu machen . . .

Herbert v. Borch

»Zwei, drei . . . viele Vietnams« — es scheint, als werde Richard Nixon von diesem Spruch Che Guevaras wie von einem Fluch getrieben.

Der Rhythmus des Krieges beschleunigt sich. Bereits am Vorabend der jüngsten Laos-Invasion deutete Vizepräsident Ky den möglichen nächsten Schritt an: Südvietnamesische Bodentruppen müßten vielleicht den 17. Breitengrad

überschreiten, um Nachschublager nördlich der entmilitarisierten Zone zu zerstören. Zum ersten Mal war dies vor genau sechs Jahren geschehen, auf dem Luftweg und mit Ky als Anführer. Er erinnerte daran während einer — in den USA kaum bemerkten — Rede zum Jahrestag des 7. und 8. Februar 1965, als Luftangriffe den Tod von acht Amerikanern bei einer Vietcong-Attacke auf Pleiku vergelten sollten; das leitete damals die drei Jahre währende Bombardierung des Nordens ein. In Kys Drohung anläßlich der neuen Offensive in Laos spiegelten sich zugleich Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einer grundsätzlich unveränderten amerikanischen Strategie in Indochina.

In den USA änderten sich nicht einmal die Kommuniqués, die ein Orwell erfunden haben könnte. Am 7. Februar 1965 nahm das Weiße Haus die Erklärung, daß US-Bomber die Grenzen Nordvietnams überflogen hatten, zum Anlaß, vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu wiederholen: »Wie die US-Regierung schon oft erklärt hat, streben wir keine Ausweitung des Krieges an.« Am 9. Februar 1971, als US-Bomber und Hubschrauber zum ersten Mal südvietnamesische Truppen — von den USA bezahlt und ausgerüstet — nach Laos begleiteten, erklärte Verteidigungsminister Laird der Nation: »Wir haben den Krieg nicht erweitert. Im Gegenteil, wir haben ihn verkürzt.«

Im Gegenteil: wir haben ihn erweitert. Warum? Und wann und warum werden wir es weiter tun? In Wahrheit gibt es einen logischen Zusammenhang, der Antworten auf diese Fragen enthält. Es ist eine Logik, die zumindest seit vorigem Jahr auf die Invasion von Laos hindeutete — und darüber hinaus.

Seit zwanzig Jahren — seit dem »Fall« Chinas und dem Aufstieg McCarthys — ist die Regel Nr. 1 der Indochinapolitik jedes amerikanischen Präsidenten: Verliere nicht vor den nächsten Wahlen den Rest von Vietnam an den Kommunismus. Kurz danach erlernte man in Korea eine zweite Regel: Bestreite in Asien keinen Landkrieg mit eigenen Bodentruppen. Drei Präsidenten seit Truman folgten während ihrer Amtszeit diesen beiden Zwangsregeln und gaben die Nötigung an ihre Nachfolger weiter. Das Problem wuchs und Lyndon Johnsons Präsidentschaft fiel der Unmöglichkeit zum Opfer, beide Forderungen zu erfüllen. Doch hob sein Sturz über die Regel Nr. 2 die Regel Nr. 1 für seinen Nachfolger nicht auf: auch nicht im Jahre 1969, auch nicht für einen Republikaner, selbst nicht für Richard Nixon. Wie Kennedy und Johnson vor ihm, glaubt er nicht daran, das Weiße Haus für eine zweite Amtszeit halten zu können, wenn er während seiner ersten Saigon nicht hält.

Seine beiden Vorgänger hatten mit angesehen, wie Mitglieder der früheren demokratischen Regierung aus ihren Ämtern gejagt wurden mit der Beschuldigung, sie hätten »China verloren«. Genauer: sie hätten es preisgegeben, ohne die volle Kraft der amerikanischen Luftmacht oder auch nur Berater eingesetzt und einen anti-kommunistischen Verbündeten in Asien voll unterstützt zu haben. Die Vorwürfe zielten auf Schwachheit oder gar Verrat. Sowohl Kennedy als Johnson mußten befürchten, daß die Klage: »Vietnam verloren« — oder

einfach »einen Krieg verloren« — die Hetzjagd des McCarthyismus gegen ihre Partei von neuem entfesseln könnte. Und Nixon fühlt sich deshalb nicht gefeit dagegen, weil er früher selbst einer der Anführer dieser Jagd gewesen war. Ja, besser als jeder andere weiß er, wie er selbst eine solche Streitfrage ausnutzen würde, um an die Macht zu kommen — sogar gegen einen republikanischen Präsidenten. So ist er entschlossen, 1972 nicht in die Situation zu geraten, daß ihm ein Reagan auf dem Parteikonvent Anhänger oder ein Wallace Wählerstimmen abspenstig machen könnte. (Ob die Ängste Nixons und seiner Vorgänger vor einem Rechtsrutsch auf politischer Realität beruhen oder selbsterzeugte Phantome sind, steht hier nicht zur Debatte. Wichtig ist nur, daß vier der letzten fünf Präsidenten sich gezwungen fühlten, die Bedrohung ernst zu nehmen, und daß Nixon es ebenfalls tut.)

Gewiß gibt es noch andere Motive, die Nixons Entscheidungen beeinflussen; aber sie weisen in die gleiche Richtung. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß der Präsident noch mehr als seine Vorgänger den »wahren Glauben« an die Prämissen des kalten Krieges hochhält. Dazu gehört, die amerikanische Macht in Asien aufrechtzuerhalten, den Russen und Chinesen gegenüber Stärke zu zeigen, den Kommunismus — sei er monolithisch oder nicht — einzudämmen und einen Rückzug als Demütigung anzusehen. Welches dieser Motive das stärkere ist, macht in diesem Fall nicht viel aus; denn in der Vietnampolitik verstärken sie sich gegenseitig: Saigon darf nicht »fallen« . . . vor allem nicht zu früh oder zu plötzlich. Wer meint, Nixons Innenpolitik liege mit seinen außenpolitischen Vorstellungen in einem Konflikt, der seinem Instinkt für politisches Überleben schließlich einen Rückzug »um jeden Preis« abringen werde — der irrt sich fast mit Sicherheit.

*

1968 pflegte Henry Kissinger in privaten Gesprächen zu erklären, das erstrebenswerte Ziel der Vietnam-Politik sei ein »dezentes Intervall« — von zwei bis drei Jahren — zwischen dem Rückzug der US-Truppen und der Machtübernahme durch die Kommunisten. Damals war eine so bescheidene Zielsetzung durchaus ungewöhnlich; keine Amtsperson wagte es, sie öffentlich zu vertreten. Aber 1969, als Kissinger ins Weiße Haus einzog, erhielt sie eine neue und dringlichere Bedeutung: aus dem Ziel wurde eine Notwendigkeit — mit der Auflage natürlich, daß das »Intervall« nicht vor November 1972 enden dürfte. In das orthodoxe Gewand einer Doktrin gekleidet, zeitigte diese jedoch Folgerungen, die weit über 1972 hinausreichen. Denn praktisch verlangt sie, sofort zu handeln, um in den nächsten paar Jahren eine Art militärisches Patt in Vietnam zu erzielen — und im eigenen Lande genügend Unterstützung für diese Lösung. Und eben dies implizierte eine erneute Eskalation des Luftkrieges in Indochina — zumal es 1969 in Paris bereits offensichtlich war, daß weder Hanoi noch der Vietcong Bedingungen für ein, zumindest bis 1972 nicht-kommunistisch kon-

trolliertes Saigon akzeptieren würden. Ebensowenig die Russen, auf deren Vermittlung Nixon gehofft hatte. Also mußte der Krieg weitergehen.

Totale Vietnamisierung? Kein US-Militärberater hatte je die Hoffnung, daß Saigon sich mit Sicherheit drei Jahre, oder auch nur eines, *ohne* amerikanische Truppen im Lande halten könnte. Keine noch so genau kalkulierte Verbesserung der südvietnamesischen Armee würde, selbst mit technischer Hilfe und Luftunterstützung seitens der USA, dieses Regime verläßlich stützen. *Beides* also, US-Truppen und Luftwaffe, würde jahrelang, vielleicht auf unbestimmbare Zeit, in beträchtlichen Mengen benötigt werden.

Soweit bekannt, haben auch heute die obersten Militärs nie offiziell geäußert, daß Saigon mit weniger als 200 000 Mann (für Luftkrieg und Aufklärung, Selbstverteidigung und strategische Reserve, Versorgung und Fernmeldewesen) gehalten werden könne. Diese Zahl hält Nixon wahrscheinlich, und mit gutem Grund, für überhöht; aber es gibt Grenzen für das, was der Generalstab als »militärisch akzeptabel« verantworten kann. Das Minimum bis Ende 1972 mag gut bei nicht viel weniger als 100 000 Mann liegen — und höchstwahrscheinlich noch lange über 1972 hinaus bei nicht weniger als der Hälfte dieser Zahl.

Bei einem militärischen Unterbau von 50 000 bis 150 000 Mann kann es natürlich keinen sonderlich »höheren« politischen Aufbau geben. Johnsons Strategie brachte eine halbe Million Truppen nach Vietnam, um das Ziel zu erreichen, das er sich in seiner ersten Amtszeit gesetzt hatte: das Weiße Haus nicht als der erste Präsident zu verlassen, der einen Krieg verloren hat. Dennoch war seine Methode nur teilweise erfolgreich; sie rettete Saigon und kostete ihn das Weiße Haus. Nixon, der beides halten will, zog sofort die Konsequenzen: US-Truppenstärke und Militärbudget müssen sinken, die Zahl der Opfer, der Einberufungen und der Zeitungsartikel über Vietnam muß noch stärker sinken. Sogar 50 000 Soldaten — immer noch doppelt so viel wie zu Beginn der Bombardierungen unter Johnson — würde die amerikanische Öffentlichkeit hinnehmen oder, besser noch, ignorieren, wenn nur die Zahl der Opfer niedrig wäre und es keine bedeutenden nordvietnamesischen Erfolge gäbe.

So konkretisierte sich Nixons praktisches Ziel in einer »*koreanischen Lösung*«, wie es in amtlichen Kreisen hieß: Indochina mußte für eine zeitlich unbeschränkte Präsenz von 50 000 US-Truppen in Südvietnam »sicher gemacht« werden. Und das hieß: größerer Einsatz der Luftwaffe, insbesondere mit verstärkt wiederaufgenommenen Bombardierungen Nordvietnams. Wie sonst, fragten sich Nixon und Kissinger, könnte man erfolgreiche Verhandlungen erzwingen? Wie sonst die Russen dazu bringen, sich für ein Arrangement einzusetzen, wenn sie nicht befürchteten, in Laos etwa oder in Haiphong immer direkter in den Krieg hineingezogen zu werden? Wie anders schließlich die nordvietnamesischen Streitkräfte, nachdem sie sich von ihren Verlusten im Jahre 1968 wieder erholt hatten, davon abhalten, in Laos beliebig vorzurücken?

oder schlimmer noch, von Süden her die südvietnamesische Armee zu schlagen? oder gar die reduzierten US-Einheiten zum Abzug zu zwingen?

Eine »Vietnamisierung«, die ohne Androhung einer Eskalation auf Südvietnam beschränkt bliebe, kann diesen Gefahren auf die Dauer nicht begegnen. Für manche Politiker in Washington war dies, im Hinblick auf die stagnierenden Pariser Verhandlungen, ein Argument für den sofortigen und totalen Rückzug aus Vietnam. Für Nixon und Kissinger bedeutete es das Gegenteil: daß eine glaubwürdige Drohung für ihr Programm entscheidend wichtig sei. Die Strategie, zu der sie sich entschlossen, war freilich altbekannt; denn ihre Grundlagen sind genau die gleichen, die zwanzig Jahre zuvor vom rechten »Asien«-Flügel der Republikaner vorgeschlagen worden waren, um den »Fall« Chinas aufzuhalten — und später von MacArthur, um den »Sieg« in Korea einzuleiten. Gemeint ist die Androhung und, wenn nötig, der Einsatz der strategischen US-Luftwaffe sowie von Amerika ausgerüsteter und durch Berater und Luftwaffe unterstützter asiatischer Truppen aus antikommunistisch regierten Ländern. (1954, vor dem Fall von Dien Bien Phu, war der damalige Vizepräsident Nixon sogar gewillt, eigene Bodentruppen einzusetzen; was zu der Zeit für eine Verirrung gehalten wurde!)

Nimmt man eine Bedrohung durch Kernwaffen hinzu — Nixon glaubt, Eisenhower habe inoffiziell zur Beendigung des Korea-Krieges, Außenminister Dulles offiziell zur Beeinflussung des ersten Indochina-Krieges davon Gebrauch gemacht — dann hat man alle Elemente der Dulles-Doktrin von der »massiven Vergeltung« und des »New Look« in Eisenhowers Defensivpolitik beisammen. Aus dieser Kombination ergab sich die aggressive Rhetorik bei beschränktem Verteidigungsbudget in den Jahren, in denen Nixon Vizepräsident war. Henry Kissinger, zu dieser Zeit als Akademiker mit Strategie befaßt, korrigierte diese Formel, indem er das Hauptgewicht auf »taktische« Kernwaffen legte (in seinem Buch *Kernwaffen und Außenpolitik*, mit dem er Karriere machte). Dementsprechend rückte für Nixons Regierung die nukleare Bedrohung im Fall Indochina in den Hintergrund — obwohl man schon im Hinblick auf eine Intervention Chinas es bis heute bewußt vermieden hat, die Anwendung von Kernwaffen ausdrücklich auszuschließen. Die neue Strategie unterscheidet sich von der alten hauptsächlich dadurch, daß die strategische Bedrohung auf nicht-atomare Bombardierungen bezogen wird.

Wie aber konnten Nixon und Kissinger — nach den Erfahrungen der sechziger Jahre, als die anhaltenden Bombardierungen unter Johnson die TET-Offensive nicht verhinderten — noch glauben, irgendein Problem in Indochina mit dieser Strategie lösen zu können? Nixons Antwort: die Demokraten seien zu graduell, zu wenig überraschend vorgegangen, und weder Drohung noch Durchführung der Bombenangriffe seien massiv genug gewesen. Ganz und gar in der Sprache der Generäle erklärte er nach der Kambodscha-Invasion, sich von Johnsons Methode des »Schritt für Schritt« distanzierend: »Diese Aktion warnt

den Feind, daß wir entschlossen und nicht schrittweise vorgehen werden, wenn er den Krieg eskalieren will, während wir ihn einschränken wollen.« Genau wie vor den Wahlen, drohte er auch zu dieser Zeit mit »entscheidenden« Angriffen auf Ziele, die schon lange von Militärs vorgeschlagen worden waren: Haiphong, »militärische Ziele« in Hanoi, die Deiche und Verbindungswege nach China.[1]

Darüber hinaus glaubte Nixon, eine solche Drohung sei glaubhafter und effektiver, wenn er Hanoi zeigen werde, daß er sie ohne Beeinträchtigung seiner politischen Basis im eigenen Lande realisieren könne. In seinen Augen hatte Johnson das Vertrauen verloren, weil seine Strategie unzureichende Luftangriffe mit einem übermäßigen Einsatz von Bodentruppen (und entsprechend viel Verlusten und Einberufungen) verbunden hatte. Wurden diese Ziffern einmal geringer, dann würde das amerikanische Volk und auch der Kongreß bereit sein, eine Art halbpermanenten Krieg zu akzeptieren, bei dem eigene Aktionen vorwiegend auf den Luftkampf beschränkt blieben.

Das war 1969 durchaus kühn gedacht. Wie aber die Nordvietnamesen dazu bewegen, sich durch diese Drohung eine Art Stillhalteabkommen für den allmählichen Abzug der US-Truppen abkaufen zu lassen? Nur überzeugende Demonstrationen des Willens und der Möglichkeit, den Bombenkrieg zu eskalieren, könnten dies zuwege bringen.

So wurde der Begriff der *»warnenden Demonstrationen«* zum zentralen Punkt von Nixons und Kissingers Taktik. Er erklärt das Gefälle ihrer politischen Drohungen und offensiven Aktionen in den letzten zwei Jahren. Schon im Frühjahr 1969 folgte einem ersten, nicht offiziell angekündigten und in den USA kaum bemerkten Luftangriff auf Kambodscha eine Warnung an Hanoi, die Nixon in eine betont gemäßigte Rede bezüglich eines Vietnam-Abkommens einbettete. Zur gleichen Zeit wurden die Bombardierungen in Laos erweitert und in Nordvietnam von neuem eingeleitet. Im Zuge dieser Angriffe vergaß die Regierung nach und nach Johnsons *»understanding«*, welches die Rechtfertigung für solche Angriffe eng begrenzt hatte. Bis zu Nixons Presseinterview am 5. Januar 1971 war dieses *»understanding«* bereits gänzlich unter den Tisch gefallen.[2]

---

[1] Siehe Les Gelb und Morton H. Halperin: *»Only a Timetable Can Extricate Nixon«* (Washington Post, 24. Mai 1970) und Halperin: *»Vietnam Options«* (New York Times, 7. November 1970). Die Presse hat diese beiden bemerkenswerten »inside«-Artikel über Nixons Warnungen und Intentionen bezüglich einer Erweiterung des Krieges kaum berücksichtigt, geschweige denn analysiert. Beide Verfasser waren unter Johnson und Nixon in wichtigen Positionen mit der Vietnampolitik befaßt, Halperin bis September 1969 als Assistent Kissingers im Weißen Haus. Die vorliegende Studie schuldet diesen ehemaligen Kollegen viel, insbesondere Halperin, aber auch einer Reihe anderer Berater aus Regierungskreisen, die hier nicht genannt werden können.

[2] Nixon behauptete bei dieser Gelegenheit, die Nordvietnamesen hätten ein anderes *»understanding«* verletzt, wonach unsere »unbewaffneten Aufklärungsflugzeuge unbehelligt über Nordvietnam fliegen dürften«, obwohl hohe Beamte der Johnson-Regierung die Existenz eines solchen Abkommens verneint haben. Nixon erklärte weiter: »Wenn sie (die Hanoi-Führung) behauptet, daß es so ein Abkommen nicht gibt, dann sind uns überhaupt keine Beschränkungen auferlegt.«

Die kambodschanische Invasion kam im Frühjahr 1970; im Herbst landeten Truppen in Nordvietnam; im Februar 1971 startete die Laos-Invasion. Und in allen Fällen gab das Weiße Haus Hanoi deutlich zu verstehen, daß weitere Aktionen bevorstünden. Natürlich kann man sie immer damit rechtfertigen, feindliche Angriffe zu »vereiteln« und eine offensive Haltung Nordvietnams von Mal zu Mal kostspieliger zu machen. Auf diese Weise wird Zeit erkauft — mit Tausenden von asiatischen Leben und erhöhten Verlusten der US-Luftwaffe, deren Einsatz umso größer wird, je weniger amerikanische Truppen in Vietnam stehen.

Und damit ist man bei der Kehrseite, den Negativposten dieser Taktik. Durch Expansion des Krieges vergrößern die US-Kommandeure die Risiken und lassen sich für nur kurzfristige Vorteile auf langfristige Verwicklungen in drei Ländern ein. Wie rasch ergaben sich in Laos nicht nur für die südvietnamesischen Truppen, sondern auch für die US-Hubschrauber ganz unverhältnismäßige Verluste! Auch könnten, umgekehrt zum Lauf der Entwicklung in Kambodscha, antikommunistische Staatsstreiche unseren Interventionen folgen — mit komplexen Rückwirkungen, möglicherweise verstärktem chinesischem Kampfeinsatz, der automatisch einen atomaren Einsatz der USA zur Erwägung stellen würde. Nicht zu reden von den vielen Möglichkeiten der Nordvietnamesen, unsere Angriffe auf Grenzgebiete mit Gegenangriffen an anderer Stelle zu erwidern.

Aber: so wie die Planer im Weißen Haus und im Pentagon es sehen, wiegen solche Überlegungen nicht schwer. Auch im schlimmsten Fall halten sie die internen Risiken nicht für ausschlaggebend. Zeigte nicht die Kambodscha-Operation, nach höchst unpopulären Anfängen, zu Nixons Genugtuung, daß man den Krieg stärker außer Sichtweite rücken und trotzdem geographische Gewinne erzielen kann, solange keine amerikanischen Bodentruppen beteiligt sind? Im Grunde laufen diese Initiativen auch gar nicht auf taktische Erfolge hinaus. Ihre wahre Bedeutung liegt darin, Hanoi und seinen sowjetischen und chinesischen Alliierten konkrete *Warnungen* zu erteilen — gewaltsame Warnungen, um den verbalen Drohungen mehr Gewicht zu verleihen.

Und *was* demonstrieren diese Warnungen? Zum ersten, daß Nixon gewillt ist, sich durch den Kongreß und Johnsons Präzedenzfall nicht stören zu lassen. Jede seiner Aktionen durchbricht eine der Beschränkungen, die Johnson bei seinen Versuchen, Druck auf Hanoi auszuüben, in Schach hielten. Viele Gründe für diese Beschränkungen sind immer noch überzeugend. Umso nachdrücklicher stellen Nixons Gegenmaßnahmen seine Entschlossenheit ins Licht.

Zum zweiten wird demonstriert, wie weit Nixon mit dem Vorwand, »die Leben amerikanischer Truppen zu schützen«, gehen zu können glaubt — und wie weit mit der Formel von den »kurzfristigen Schutzoperationen, um weitere Rückzüge von US-Truppen zu decken«. Diese zum Teil für Hanoi bestimmte Terminologie könnte ebenso eine »beschränkte« Invasion Nordvietnams rechtfertigen — um Depots und Stützpunkte nördlich der entmilitarisierten Zone zu

zerstören — wie auch Minen- und Luftangriffe auf den Hafen von Haiphong, Attacken auf Land- und Wasserverbindungen nach China oder »militärische Ziele« im gesamten Norden, Hanoi inbegriffen. All dies ließe sich als »zeitlich und räumlich begrenzte« Aktion umschreiben, jede Aktion als logische Fortsetzung einer Serie vorangegangener, so wie die letzten Angriffe auf Laos sich »logischerweise« aus der Kambodscha-Invasion und der Schließung des Hafens von Sihanoukville durch das Lon Nol-Regime ergaben. Jeder Schritt mag als Versuch zur Abriegelung einer weiteren Nachschublinie für nordvietnamesische und Vietcong-Truppen erklärt werden — auch wenn keiner dieser Schritte, auch nicht alle zusammen, das Durchsickern des notwendigen Nachschubs zuverlässig verhindern kann.

Natürlich ist Nixon das gesagt worden; aber auch hier gilt, daß es bei den angedrohten Schritten gar nicht darum geht. Es geht vielmehr um das Programm, das die Stabschefs seit nunmehr zehn Jahren befürworten, solange es keine dauernde und »akzeptable« Verständigung mit Hanoi gibt: um eine schlußendliche Zersetzung des Willens und der Möglichkeiten Nordvietnams, weiterhin einen Krieg zu wagen. Oder zu überleben.

Nicht, daß Nixon hoffte oder glaubte, eine solche Eskalation werde unumgänglich sein; seine Drohungen wie seine Versprechungen machen das von der nordvietnamesischen Haltung abhängig. Hanois Führer sollen nur zwei Möglichkeiten haben, der Vergeltung zu entrinnen: entweder stillschweigend den status quo im Süden akzeptieren, mit nicht *mehr* militärischen Aktionen, als die südvietnamesische Armee mit amerikanischer Luftwaffenhilfe verkraften kann; oder eine Friedensregelung unter amerikanischen Bedingungen — auf Grund der Einsicht, daß Amerika einen begrenzten Krieg unbegrenzt lange unterstützen und einen unbegrenzten Krieg letztlich mit der Zerstörung Nordvietnams beantworten würde.

Das US-Militär bezeichnet die erste Möglichkeit als »Korea-Lösung«, weil sie trotz fortdauerndem Krieg und Luftangriffen die Verluste niedrig halten würde. Die zweite Möglichkeit, Nixons »Gewinn eines gerechten Friedens«, entspricht natürlich viel eher einer »Korea-Lösung« — besonders im Hinblick auf seinen Glauben, daß diese Lösung seinerzeit nur unter der Drohung massiver Bombardierungen zustande kam. Das Spiel mit beiden Möglichkeiten erlaubt es ihm jedenfalls, jede Beschuldigung abzuleugnen, er habe eine *»no-win«*-Strategie gewählt.

So erscheint schließlich Che Guevaras Rezept für Nixons Ziele umgedreht. Das eher kurzfristige Problem, die amerikanischen Verluste im Zuge einer graduellen Reduzierung der Truppenstärke zu senken — es ist das Problem, »72« zu überstehen — brachte nicht nur eine Ausweitung des Kriegsschauplatzes auf Grenzstützpunkte und Nachschublinien in Laos und Kambodscha. Weit wichtiger war das Symbolische an dieser Ausweitung: sie machte Nixons Drohung glaubhaft, den Krieg auch in Nordvietnam zu kämpfen. Von dem

Moment an, als Prinz Sihanouk nicht mehr im Wege stand, war es fast unausweichlich, daß die Suche nach einem zweiten »Korea« den Präsidenten zu einem zweiten und dritten »Vietnam« führte — und zu der Warnung an den Norden, daß er auch noch ein viertes schaffen könnte.

*

In Laos zeigte die Regierung, was sie aus der »Kambodscha-Lektion« gelernt hatte. Nicht eine amerikanische Infanterieeinheit betrat laotisches Gebiet, kein »white college«-Student wurde erschossen. Es gab keine Versprechungen, keine Tageskommuniqués, de facto überhaupt keine Nachrichten. Auch keine Stellungnahme des Präsidenten zu der Operation. Statt dessen trat Nixon am Abend des Tages, an dem Hubschrauber und Panzergeschütze die Grenze überquerten, mit einer Rede über die Umweltverschmutzung vor die Fernsehkameras und begann (nach der Pressemitteilung des Weißen Hauses):

»In seiner Tragödie ›Mord im Dom‹ schrieb T. S. Eliot [sic]: *Klärt die Luft! Fegt den Himmel! Wascht den Wind!* [sic] Ich habe dem Kongreß ein umfangreiches Programm vorgelegt, um genau dies zu tun und noch mehr — der Ausbeutung von Amerikas Naturerbe ein Ende zu setzen.«

Weder Fernseh- noch Pressephotos von der Invasion wurden erlaubt; Kameramänner durften nicht festhalten, was wir und unsere Alliierten mit dem »Naturerbe« ihrer Nachbarn anrichteten. (Die Vietnamesen waren überrascht, berichtete die *New York Times*, von der Üppigkeit des noch nicht entlaubten Dschungels, den sie betraten.) Statt dessen wurden den Fernsehzuschauern Bilder vom Mond und vom Kriegsschauplatz Khe Sanh gezeigt: eine unheimliche Zusammenstellung, bei der durch den Krieg geschaffene Mondlandschaften nahe der entmilitarisierten Zone das Ausbleiben von »live«-Berichten über die Lunarisierung von Laos kompensierten.

Was bedeutet denn diese neue Invasion für die Laoten? Weder Krieg noch fremde Soldaten noch amerikanische Flugzeuge sind ihnen neu; aber jetzt spüren sie den Druck auf eine neue und furchtbare Weise. Wie in Kambodscha wurden die Landoperationen in relativ unbesiedelten Gebieten durchgeführt; wie in Kambodscha sammelten sich die nordvietnamesischen Truppen zum Gegenschlag in stärker besiedelten Gegenden nahe den Städten — und dort suchen unsere Bomberflotten sie auf. Das löst die großen Flüchtlingswellen aus, die in die stinkenden Außenbezirke der nicht unmittelbar angegriffenen Städte fluten. »Wir haben eines in Laos und Kambodscha gelernt«, erklärte der Beraterstab des Kennedy-Unterausschusses für Flüchtlingsfragen: »Die bloße Präsenz von feindlichen Truppen schafft keine Flüchtlinge. Das tun, außer schweren Schlachten, vor allem die Luftbombardements.«

Und das berührt einen zentralen Punkt von Nixons Strategie, den Krieg für die Bodentruppen in Südvietnam dadurch »herunterzuschrauben«, daß der

Luftkrieg über Laos und Kambodscha »heraufgeschraubt« wird. Bereits im Herbst 1969 wurden mehr als 600 Einsätze pro Tag über Laos geflogen; die schwersten Bombenmonate gab es 1970. Aber schon seit März 1968, seit der Umleitung der amerikanischen Bomber von Nordvietnam nach Laos, schnellte dort die Zahl der Flüchtlinge in die Höhe. In den ersten zwölf Monaten der Nixon-Regierung verdoppelte sie sich beinahe. Nach offiziellen Schätzungen — sicher eher niedrige — waren es Ende 1969 mindestens 240 000 (bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 3 Millionen). In den ersten achtzehn Monaten gab es mindestens 30 000 Zivilopfer, von denen über 9000 den Tod fanden. 1970 stieg die Flüchtlingszahl weiter an; im Herbst war sie fast dreimal so hoch wie im Februar 1968.[3] Bedenkt man, daß seit November des letzten Jahres die Bombenangriffe noch beträchtlich zunahmen, kann man die jetzige Lage annähernd so einschätzen wie in Kambodscha, wo in den letzten neun Monaten bis zu eineinhalb Millionen Flüchtlinge »geschaffen« wurden (bei einer Bevölkerung von 6,7 Millionen). Über die Anzahl der Toten unter der kambodschanischen Zivilbevölkerung gibt es seit der Frühjahrsinvasion keinerlei Angaben.

Wie hoch nun schätzt Nixon die Zahl der laotischen Bürger — »Feind« und »Nichtfeind« —, die bisher umgekommen sind und innerhalb der nächsten Zeit (bis zum November 72 sind es noch 20 Monate) umkommen werden? Er hat keine Schätzungen. Er fragt Henry Kissinger nicht danach, und dieser hat das Pentagon nicht gefragt, und von dessen Amtspersonen hat keiner jemals eine Antwort auf diese oder ähnliche Fragen zu Gesicht bekommen. Keiner unterscheidet sich in dieser Hinsicht von seinen Vorgängern. Die Systemanalytiker der Bürokratie berechnen die Kriegskosten, »inputs« oder »outputs«, so gut sie können; die Todesopfer in der Zivilbevölkerung sind dabei irrelevant. Ohne den Kennedy-Unterausschuß gäbe es überhaupt keine offizielle Kalkulation der bisherigen Opfer in Vietnam — nicht einmal die zu tief geschätzten Zahlen, die bekanntgegeben werden.

Auf Grund von Nachforschungen und Analysen dieses Unterausschusses wissen wir, daß in Südvietnam allein zwischen 1965 und 1970 bei einer Gesamtverlustzahl der Zivilbevölkerung von über einer Million mindestens 325 000 Menschen ums Leben kamen — meist durch amerikanische Feuerkraft; davon immer noch rund 50 000 im ersten Jahr der Nixon-Regierung, und nicht viel weniger während des zweiten Regierungsjahres.[4] Der Krieg wird also für die Südvietnamesen ebensowenig »heruntergeschraubt« wie für ihre Nachbarn; was dem amerikanischen Volke auch klar wäre, würden zusammen mit den

---

[3] Vgl. den Bericht des Kennedy-Unterausschusses: »*Refugee and Civilian War Casualty Problems in Indochina*«. (Subcommittee to Investigate Problems Connected with Refugees and Escapes of the Committee in the Judiciary, United States Senate, 28. September 1970.) Siehe auch Senator Kennedys »überarbeitete« Zusammenfassung zweier geheimer Berichte über die Kriegsopfer in Laos, herausgegeben am 7. Februar 1971.

[4] Inzwischen hat der Unterausschuß einschlägige Zahlen in einem Senats-Hearing vom 22. April erstmals öffentlich bekanntgegeben. [Anm. d. Red.]

amerikanischen und »feindlichen« Kriegsverlusten die Verlustzahlen der Zivilbevölkerung in die Nachrichten des Fernsehens eingeblendet. Und was die Zahl der Opfer amerikanischer Bombenangriffe in Nordvietnam und anderswo in Indochina betrifft: die hat nicht einmal der Kennedy-Unterausschuß zu eruieren versucht. Noch taten es Presse oder Fernsehen. Noch forderte die amerikanische Bevölkerung bis jetzt irgendeine Information darüber.

Vor diesem Hintergrund — nach zwei Jahren öffentlicher *und* offizieller Unwissenheit über das, was unsere Kriegführung für die Leben der Völker Indochinas bedeutet — ist es nicht verwunderlich, daß Nixons Schlagwort »Der Krieg wird eingeschränkt« immer wieder akzeptiert wird. Sich mit dieser Behauptung zufriedengeben, heißt »den Krieg« nur danach definieren, was sich vermindert — die Zahl der US-Truppen, ihrer Verluste und ihrer Kosten —, und das ignorieren, was sich vermehrt: die US-Luft- und Bodenoperationen außerhalb Südvietnams und die daraus resultierenden Verluste und Opfer, die wir in Laos und Kambodscha heraufbeschwören. Freilich kann nicht behauptet werden, daß solch enger Sicht des Krieges ein Trick der Nixon-Regierung gegenüber der Bevölkerung zugrunde liege. Amerikaner haben den Vietnamkrieg immer so gesehen.

Die Militärs sehen diese Dinge oft klarer. »Krieg bedeutet Menschen töten«, sagte General Curtis LeMay einmal zu einem Physiker der RAND-Corporation: »Wenn man genügend Leute getötet hat, gibt die andere Seite auf«. Nixons Regierung gedenkt diese barbarische Strategie der Zermürbung durch Bodengefechte, mit ihren blutrünstigen »Leichenzählungen« und Statistiken von den Geburtsraten junger »männlicher Feinde«, die man später töten muß, aufzugeben. Dafür finden die meisten Opfer der neuen Strategie der »warnenden Demonstrationen« nun keinen Platz mehr in den Kalkulationen der Bürokratie. Und eben dies drohte auch vielen Nordvietnamesen, wenn ihre Führer den schon dreißigjährigen Krieg weiter aufrechterhalten, statt eine »Korea-Lösung« zu akzeptieren. Könnte es doch sein, daß dann die von General LeMay vorgelegten Pläne für einen totalen Luftkrieg nicht länger auf sich warten ließen.

*

Die Zeilen, die Nixon an jenem Montag der Laos-Invasion dem amerikanischen Volk vorlas, sprechen nicht von Luftverschmutzung und anderen gewöhnlichen Verunreinigungen. Sie sprechen von Mord. Es ist ein Chor des Grauens im Angesicht eines öffentlichen, auf Wunsch des Regierenden verübten politischen Verbrechens:

> *»Klärt die Luft! Fegt den Himmel! Wascht den Wind! Nehmt den Stein vom Stein und wascht sie!*
> *Das Land ist faul, das Wasser ist faul, unsre Tiere und wir sind mit Blut befleckt.*
> *Ein Regen von Blut hat mich blind gemacht ...*

Wie fänd ich wieder zurück in die friedlichen, stillen Gezeiten?
Nacht bleib finster, Sonne steh, dauere Gezeit! — Laßt den Tag nicht kommen, laßt den Lenz nicht kommen!
Kann ich denn wieder den Tag anschaun und die Dinge des Tags? Und seh sie alle schwarz von Blut durch den Vorhang rinnenden Bluts?
Wir wünschen nicht, daß etwas gescheh ...

Dem Leben fehlt Zeit zu langer Betrübnis,
Doch dies, dies ist außer dem Leben, außer der Zeit,
Augenblicks-Ewigkeit: Untat, Mordtat!«

[nach der Übersetzung von Rudolf Alexander Schröder]

Diese Zeilen sind für einen Amerikaner des Jahres 1971, nach all diesen Jahren, fast unerträglich zu lesen. Wollen wir jemals in die »friedlichen, stillen Gezeiten« zurückfinden — und wir haben keinen leichten Weg verdient — müssen genügend Amerikaner vergangenen Entscheidungen, Klagen und Anklagen, ins Auge blicken, um zu erkennen, was in ihrem Namen geschieht. Sie müssen es als Gebot der Moral bekennen, und als Zwang für den Kongreß wie für den Präsidenten, daß dem Töten in Indochina ein Ende zu setzen ist. Daß weder die Leben, die wir verloren, noch die, die wir zerstören, den Vereinigten Staaten irgendein Recht geben, durch militärische Gewalt zu bestimmen, wer regieren und wer sterben soll in Vietnam, Kambodscha, Laos.